

Neben den laufenden Berichten zum Wirtschaftsgeschehen und Untersuchungen zu selbst gewählten Themen erstellt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Gutachten für öffentliche und private Auftraggeber zu wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen. Ein Teil dieser Arbeiten wird vom Institut im Rahmen der Schriftenreihe „WIFO-Gutachten“ publiziert und steht Interessenten gegen einen Druckkostenbeitrag zur Verfügung. Um den Inhalt dieser Bände einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen, bringen die WIFO-Monatsberichte unter der Rubrik „Aus WIFO-Gutachten“ jeweils Auszüge mit den wichtigsten Ergebnissen (Bestellungen von WIFO-Gutachten bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Holzer, Postfach 91, A-1103 Wien, Tel (0 222) 78 26 01/282)

## Die neue Rolle Österreichs im Ost-West-Handel

Sándor Richter, Jan Stankovsky

Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Wien, 1991

ISBN 3-901069-15-1

ca. 150 Seiten, S 750,—

Die letzten zwei Jahre brachten tiefgreifende Veränderungen in Osteuropa und der UdSSR. Die ČSFR, Polen und Ungarn (Ost-Mitteleuropa) entschieden sich für eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild und für die Einführung einer funktionierenden Marktwirtschaft. Doch auch in diesen drei Ländern verlaufen die Abschaffung des alten Wirtschaftssystems und der Aufbau des neuen bis jetzt langsamer und schwieriger, als angenommen worden war. Während der Privatsektor dynamisch expandiert, kommt die Privatisierung der staatlichen Unternehmen nur langsam voran. In keinem der drei Länder kann vor 1993 mit einer Erholung der Wirtschaft gerechnet werden. Ein vorsichtiger Optimismus des Westens in bezug auf die mittelfristigen Aussichten scheint sich in der deutlichen Ausweitung der ausländischen Direktinvestitionen in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren zu spiegeln.

Die Außenwirtschaftsbeziehungen der ČSFR, Polens und Ungarns wurden grundlegend umgestaltet. Die UdSSR hat ihre frühere dominante Stellung verloren. Auch der Handel zwischen den „kleinen“ Ländern des früheren RGW ist drastisch zurückgegangen. Die dadurch entstandene Lücke wurde durch den rasch expandierenden Außenhandel mit dem Westen kompensiert. In dieser Umorientierung spielt Österreich eine wesentliche Rolle. Österreich ist (nach Deutschland) der wichtigste westliche Handelspartner Ungarns und der ČSFR, und auch für Polen ist der Handel mit Österreich bedeutend. Hingegen wiegt der Osthandel aus der Sicht Österreichs vergleichsweise ge-

ring: Von Österreichs Exporten entfielen 1990 nur 10,4% auf den Osten und 5% auf Ost-Mitteleuropa. Diese Anteile waren freilich wesentlich größer als in anderen westlichen Industriestaaten.

Der österreichische Osthandel wuchs in den vergangenen 20 Jahren — infolge der Schwäche der östlichen Märkte — nur unterdurchschnittlich. Verschiedene Vergleiche zeigen aber einen beträchtlichen Spielraum für eine Ausweitung des gegenseitigen Warenaustausches, die vor allem von den Fortschritten des Transformationsprozesses im Osten sowie von den künftigen Exporterfolgen Osteuropas abhängen wird. Österreichische Unternehmen rangieren heute in be-

zug auf ausländische Direktinvestitionen in Ost-Mitteleuropa im Spitzfeld. Gemessen an der Zahl der Firmen mit Auslandsbeteiligung nehmen in der ČSFR Joint Ventures mit Partnern aus Österreich mit einem Anteil von 27% den ersten Platz ein, in Ungarn mit 25% — nach Deutschland — den zweiten Rang. In Polen hingegen investieren österreichische Unternehmen zaghafter.

Österreich kann die Transformation in Osteuropa durch folgende Maßnahmen unterstützen:

— „Technische Hilfe“, insbesondere in der Ausbildung und Beratung: Bisher erbrachte Österreich bereits wesentliche Leistungen. Die Aufwendungen in diesem Bereich

**Langfristige Tendenzen Übersicht 1  
in Österreichs Außenhandel  
mit Ost-Mittleuropa**

	1970	1980	1990
	Mrd S		
Export	4,9	14,0	23,5
Import	4,8	13,3	20,2
Saldo	+0,1	+0,7	+3,3
	In %		
<i>Bedeutung</i>			
Anteile am			
Gesamlexport	6,5	6,2	5,0
Ostexport	39,3	44,2	48,4
Gesamtimport	5,2	4,2	3,6
Ostimport	52,1	42,7	52,9
Marktanteile <sup>1)</sup>	8,1	8,5	11,5
	1970 = 100		
<i>Dynamik</i>			
Export	100,0	289,3	483,8
Import	100,0	276,8	419,2

<sup>1)</sup> Anteile am Export der OECD

dürfen aber keineswegs nur als „Osthilfe“ gesehen werden, sondern auch als Maßnahme zur langfristigen Sicherung und zum Ausbau der österreichischen Präsenz in dieser Region

- *Förderung von Direktinvestitionen*; Direktinvestitionen im Osten werden vor allem vom Ost-West-Fonds der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft (FGG) sowie von Bürges durch die Deckung eines Teiles (bis zu 50%) des kommerziellen Risikos unterstützt. Damit hat Österreich einen innovativen Förderungsansatz geschaffen, der auch der österreichischen Unternehmensstruktur Rechnung trägt
- *Marktöffnung gegenüber Osteuropa*; hier ist vor allem auf die Beseitigung der noch verbleibenden Reste des Vidierungsverfahrens hinzuweisen. Von großer Bedeutung wird der für 1992 erwartete Abschluß eines Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und den drei Ländern Ost-Mittleuropas sein

Der Aufbruch im Osten hat Österreichs Position grundlegend verändert. Aus einer geographischen Randlage rückt Österreich ins Zentrum eines entstehenden Wirtschaftsraumes. Damit eröffnen sich für Österreichs Wirtschaft neue Möglichkeiten, allerdings dürfen auch die Risiken nicht übersehen werden: Österreichs Vorsprung im Osten war auf die geographische Nähe, aber auch

**Bestand an Auslandskapital in Österreich  
1978/1989**

**Übersicht 2**

	Nominalkapital revidiert um den Sitz des Stammhauses <sup>1)</sup> nach Herkunftsändern				Veränderung in %
	1978		1989		
	Mill S	Anteile in %	Mill S	Anteile in %	
Oststaaten	299,0	1,0	1 532,9	2,3	+413
Jugoslawien	—	—	559,4	0,8	—
EG 12 <sup>2)</sup>	19 305,0	65,0	41 521,0	62,3	+115
BRD	10 644,7	35,8	26 200,6	39,3	+146
EFTA 6	—	—	13 230,9	19,9	—
Schweiz und Liechtenstein	4 064,2	13,7	10 808,1	16,2	+166
Insgesamt	29 713,0	100,0	66 671,1	100,0	+124

<sup>1)</sup> Bereinigt um die Rückführung von Holding-Kapital aus Ländern, in denen aus finanziellen bzw. steuerlichen Gründen Holdings errichtet wurden, in das Ursprungsland (Sitz der Muttergesellschaft) das letztlich die Einflußnahme ausübt  
<sup>2)</sup> 1978 ohne Griechenland, Spanien und Portugal

darauf begründet, daß es besser als andere westliche Länder die Mängel und Schwächen der Planwirtschaft erkannte und daher die politischen und psychologischen Barrieren zwischen Ost und West überbrücken konnte. Nach dem Übergang des Ostens zu einer funktionierenden Marktwirtschaft wird Österreich seine Position in dieser Region auf eine neue Grundlage stellen müssen. Auch im Bereich des Arbeitsmarktes, des Transports (insbesondere des Transits über Österreich) und in der Landwirtschaft werden Österreich aus der Öffnung Osteuropas Probleme und Risiken erwachsen.

Der Umbruch im Osten hat die Standortqualität Österreichs maßgeblich verbessert, vor allem als Produktionsstandort, als Handelszentrum, als regionales Finanzzentrum sowie als Zentrum für Wirtschaftsdienste.

Das neue politische und wirtschaftliche Umfeld in Ost-Mittleuropa wirkt sich in hohem Maße auf die Auslandsinvestitionen Österreichs aus: Einerseits könnte es zusätzliche Investitionen in Österreich begünstigen, andererseits aber auch Auslandsinvestitionen von Österreich ablenken.

Die Konkurrenten eines Standortes Wien sind in Ost-Mittleuropa Budapest, Prag und Warschau. Gegenüber diesen drei Städten hält Wien einen deutlichen Konkurrenzvorteil allein mit der Infrastruktur für Wirtschaftsdienste Österreichs. Politische Stabilität war ebenfalls immer schon ein wichtiger Faktor für ausländische Investoren. Verschiedene Hinweise stützen die Annahme, daß Wien für Investoren in Ost-Mittleuropa be-

liebter Zielort zu werden verspricht. Laut Gesellschaft für Industrieansiedlung und industrielle Kooperation war Wien in den achtziger Jahren für mehr als 700 ausländische Unternehmen Zentrum für Geschäfte auf dem osteuropäischen Markt (200 der etwa 300 Niederlassungen von Unternehmen der USA in Österreich tätigen Geschäfte in Osteuropa). In den letzten Monaten haben über 200 ausländische Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit mit Osteuropa von Wien aus aufgenommen. Nach einer jüngsten Erhebung der Japanese Export and Trade Organisation in Wien stieg die Zahl japanischer Unternehmensniederlassungen von 44 (Juli 1989) auf 68 (Juli 1991). Dieser Trend könnte durch die österreichische Steuergesetzgebung unterstützt werden. Das seit der Steuerreform 1989 relativ niedrige Niveau der Unternehmensbesteuerung in Österreich erhöht die Attraktivität auch für potentielle Investoren in Ost-Mittleuropa. So etwa sind nach dem Körperschaftsteuergesetz von Tochtergesellschaften österreichischer Unternehmen im Ausland erwirtschaftete Gewinne in Österreich steuerfrei (Schachtelprivileg), wenn der Anteil an der ausländischen Gesellschaft mehr als 25% beträgt, die Beteiligung länger als ein Jahr dauert und keine reine Portfolio-Beteiligung ist.

Allerdings könnte die Dynamik künftiger Entwicklungen in der CSFR, Polen und Ungarn Österreichs Überlegenheit untergraben. Einer der wichtigsten Zielbereiche ausländischer Direktinvestitionen in den drei hier beleuchteten Ländern wird der Aufbau bzw. die Verbesserung der Infrastruktur für Wirtschaftsdienstlei-

stungen sein. Die Erholung der Wirtschaft wird eine Verbesserung der politischen Stabilität und eine Wiederbelebung der reichen Kulturtraditionen in den drei Ländern ermöglichen und den Wettbewerbsvorsprung Wiens verringern. Das Niveau der Löhne und Gehälter in Polen, der ČSFR und Ungarn dürfte noch geraume Zeit hinter jenem in Österreich nachhinken. Dadurch jedoch wird die Wettbewerbsposition der drei ost-mitteleuropäischen Hauptstädte wesentlich gestärkt, und auf lange Sicht werden Österreichs Wettbewerbsvorteile abnehmen. Da viele österreichische Investoren an Projekten zur Verbesserung der Infrastruktur für Wirtschaftsdienste in den betreffenden Ländern beteiligt sind — insbesondere im Finanzbereich —, wird Österreich aus der verbesserten Konkurrenzfähigkeit der Hauptstädte in Ost-Mitteleuropa indirekt auch Nutzen ziehen.

Dank seiner hohen Standortqualität könnte Österreich die führende Kraft einer Wirtschaftsregion in Mitteleuropa werden, die etwa Gebiete vor allem im Süden der ČSFR, den Ballungsraum von Preßburg, Nordwest-Ungarn und den Ballungsraum von Budapest umfaßt. Wahrscheinlich wird Polen nicht zum engsten

Kreis der Kooperation gehören. Hingegen könnten Slowenien und Kroatien, entweder als unabhängige Staaten oder als Teile einer losen jugoslawischen Konföderation, Bestandteil dieser Region sein. In einem erweiterten Rahmen könnten die oben nicht genannten Gebiete der ČSFR und Ungarns sowie Polen (vor allem die südlichen Regionen) teilnehmen. Die zunehmende Bedeutung regionaler Zusammenarbeit mit den Volkswirtschaften Ost-Mitteleuropas wird Österreichs Wirtschaft nach Ländern unterschiedlich beeinflussen. Wien etwa hat gute Chancen, Finanzzentrum Mitteleuropas und der beliebteste Hauptsitz multinationaler Unternehmen, die in der Region operieren, zu werden. Auch das Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und die Steiermark werden von der regionalen Zusammenarbeit mit Osteuropa profitieren.

Die neue regionale Wirtschaftskooperation wird überwiegend auf autonomen Entscheidungen der Unternehmen basieren (Handel, Direktinvestitionen, Finanzierung). Der — eingeschränkte — Einfluß der Regierung sollte sich auf die Förderung von Projekten zur Verbesserung der Infrastruktur und der Umweltsituation konzentrieren.

Die Beziehungen Österreichs zu Osteuropa dürfen keineswegs als eine Alternative zur europäischen Integration gesehen werden — sie sind vielmehr nur auf deren Grundlage (EG-Mitgliedschaft Österreichs) denkbar. Alle Oststaaten streben ein nahes Verhältnis zur EG an. Für Ungarn, die ČSFR und Polen ist die Verwirklichung einer EG-Mitgliedschaft innerhalb von 10 Jahren nicht unrealistisch. Somit kann Österreich seine besondere Rolle in Osteuropa — die auch der Avis der EG-Kommission mit Nachdruck bestätigt — nur als Teil der EG behalten. Mit dem Umbruch im Osten hat sich die österreichische Integrationspolitik — den EG-Beitritt zu einem Zeitpunkt zu beantragen, als dies aufgrund der Neutralität noch mit viel mehr Risiken verbunden war als heute — als vorausschauend und richtig erwiesen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß innerhalb der EG — infolge des Abbaus der Grenzbarrieren — neue, grenzüberschreitende Regionen entstehen, die sich oft zum Wachstumspol entwickeln. Eine „mitteleuropäische Region“ innerhalb der EG — allenfalls einschließlich Süddeutschlands — könnte sich zu einem besonders dynamischen Teil des neuen Europa entwickeln.